

her mit über 2,5 Millionen Rumänen „diskutiert“ — gelang es Ceausescu nicht, die Werktätigen gegen die „parasitären Intellektuellen und Bürokraten“ aufzuputzen. Der Vize-Präsident des neuen „Rates für sozialistische Kultur und Erziehung“, Ion Jinga, vor Gewerkschaftlern: „Wir wissen, was wir zu tun haben... aber wir wissen nicht, wie.“

Der deutschstämmige Parteisekretär von Hermannstadt, Winter, klagte: „Widerorts gebe es „nahezu keinen Widerstand gegenüber reaktionären Ansichten“. Parteichef Ceausescu rief die Führungsgremien seiner Partei in der vorletzten Woche zum Rapport — das fünfte Treffen zum gleichen Thema in knapp vier Monaten.

Der Führer, der bisher nur von seinen Genossen Selbstkritik verlangte, entdeckte „abgestumpften Kampfegeist“ bei sich selbst: „Wenn nicht alles so geht, wie es müßte, fühle ich zweifellos, daß es auch in meiner Arbeit Unzulänglichkeiten und Mängel gibt.“

RHODESIEN

Weiter Weg

England will sich mit Rhodesien ausöhnen — zu einem Zeitpunkt, da die weiße Minderheit in Britanniens einstiger Kolonie die Apartheid nach Südafrika-Vorbild vorantreibt.

Der alternde Gentleman wollte unbedingt nach Afrika. Sir Alec Douglas-Home, 68, Außenminister unter Harold Macmillan, dann Premier, nun wiederum Herr in Londons Foreign Office, möchte sein politisches Lebenswerk krönen: mit der Aussöhnung zwischen England und Rhodesien.

Vor sechs Jahren hatte sich die Kolonie einseitig vom britischen Mutterland losgesagt, sechs Jahre lang hat England vergebens versucht, das weiße Minderheitsregime mit Wirtschaftssanktionen in die Knie zu zwingen, jetzt reiste Sir Alec zu Gesprächen mit den Rebellen nach Salisbury — obwohl ganz sicher ist, daß Rhodesiens weiße Minderheit heute weniger denn je bereit ist, jene fünf Bedingungen zu verwirklichen, die Sir Alec selbst einst für die Unabhängigkeit der Kolonie festgelegt hatte:

- ▷ ungehinderter Fortschritt auf dem Weg zu einer Mehrheitsregierung (in Rhodesien leben 250 000 Weiße und fünf Millionen Schwarze),
- ▷ Garantien gegen reaktionäre Verfassungsänderungen,
- ▷ sofortige Verbesserung des politischen Status der Schwarzen,
- ▷ Fortschritte zur Beendigung der Rassendiskriminierung,
- ▷ Schaffung von Grundlagen für die Unabhängigkeit, die für die gesamte Bevölkerung akzeptabel sind.

Im Laufe von sechs Jahren einseitiger Unabhängigkeit haben sich Rhodesiens Weiße weiter denn je von diesen Prinzipien entfernt.

„For Europeans only“, nur für Europäer, verkünden Schilder auf dem grünen Rasen im Stadtpark der rhodesischen Provinzstadt Fort Victoria.

„Würden Sie denn in einem Swimming-pool mit Schwarzen baden wollen?“ gibt der Beamte des rhodesischen Informationsministeriums auf die Frage zurück, warum nur Weiße in die Schwimmbäder von Salisbury dürfen. Dann, sichtlich um Goodwill bemüht: „Schließlich wollen ja auch die Afrikaner unter sich bleiben.“

Das Argument ist ebensowenig originell wie die Politik, die Rhodesiens Regierung immer unverhohlener betreibt:



Afrika-Reisender Douglas-Home
Gespräche mit Rebellen

die rigorose Rassentrennung, die Apartheid. Mehr und mehr verdrängt in Rhodesien das Herr-Knecht-Verhältnis nach südafrikanischem Vorbild die wohlwollend-patriarchalischen Schwarz-Weiß-Beziehungen der Kolonialzeit.

Um „unsere westliche Zivilisation zu bewahren“ und „harmonische Rassenbeziehungen zu entwickeln“, läßt Rhodesiens Premier Ian Smith Afrikaner aus ihren Stammesgebieten vertreiben, werden Nicht-Weiße aus den Städten in Gettos umgesiedelt, verlieren Afrikaner in qualifizierten Berufen ihre Stellung.

So verjagten Polizei-Einheiten mit Hunden im Januar das Tangwena-Volk endgültig aus seinen Stammesgründen bei Umtali. Im Oktober erhielten 3500 schwarze Bewohner auf dem Gelände der methodistischen Epworth-Mission bei Salisbury den Evakuierungsbefehl. Mit einem den Südafrikanern nachgeahmten Landverteilungsgesetz, das Rhodesien in weißes und schwarzes

Land aufteilt (rund 18 Millionen Hektar für die Weißen, genausoviel für 20mal so viele Afrikaner), ermächtigten sich die weißen Herren selbst zu derartigen Umsiedlungen.

Ein Berufsgesetz, das — wie in Südafrika — qualifizierte Positionen den Weißen vorbehält, gibt es in Rhodesien zwar nicht. Doch das System funktioniert auch so:

1966 noch arbeiteten 1700 Afrikaner in den unteren Rängen des rhodesischen Staatsdienstes, heute sind es weniger als die Hälfte. Ähnlich sieht es in der Privatwirtschaft aus. Ein Radiohändler in Salisburys First Street: „Die Regierung übt Druck auf uns aus, afrikanische Angestellte zu entlassen und europäische dafür einzustellen.“

Vergebens bemühen sich Afrikaner mit abgeschlossenem Auslandsstudium um einen Job im Geburtsland. Den in Sheffield promovierten Physiker Dr. P. M. Mahkurane beispielsweise wies die Universität von Rhodesien ab — er sei „zu spezialisiert“. Und die Betriebswirtin Evelyn Kwanza fand trotz eines Empfehlungsschreibens der Shell in New York bei der Schwesterfirma in Rhodesien keinen angemessenen Posten. Salisbury antwortete: Derartige Positionen würden nicht an Afrikaner vergeben.

Dabei ist die Zahl der qualifizierten Afrikaner in Ian Smiths Staat verschwindend niedrig. Und sie steigt kaum, denn von Ausnahmen abgesehen, erhalten die durchweg besser gestellten Weißen eine freie Ausbildung, während Schwarze Schulgeld bezahlen müssen.

Rhodesiens Schwarze, in niederste Arbeiten verbannt, bringen gegenwärtig nicht einmal ein Prozent der Einkommensteuern des Landes auf. Da aber die — von der weißen Minderheit 1969 beschlossene — Verfassung das Wahlrecht von der Einkommensteuer abhängig macht, können „nur extreme Pessimisten die Möglichkeit einer Gleichzahl“ von weißen und schwarzen Wählern voraussehen (so Premier Smith). Der Weg zu einer Mehrheitsregierung ist weiter denn je zuvor.

So dürfte denn bei erfolgreichen Verhandlungen zwischen Smith und Douglas-Home für die Afrikaner kaum mehr herauskommen als „irgendeine gesichtwahrende Kautschukformel, eine Fata Morgana schwarzer Mitregierung“ („Die Weltwoche“, Zürich).

Tatsächlich geht es bei dem angestrebten Arrangement denn auch erst in zweiter Linie um das Schicksal der schwarzen rhodesischen Mehrheit.

„Eine Hauptmotivation für eine Regelung“, weiß die Londoner „Times“, „ist für England und Rhodesien ein Ende der Sanktionen.“ Der Boykott, der vorige Woche für ein weiteres Jahr verlängert wurde, ist zwar nur bedingt wirksam. Dennoch hemmt er Rhodesiens Wirtschaftswachstum und kostet England jährlich rund 800 Millionen Mark.